

10./I. 1919

Der Kronenscheck.

Im Programm des Herrn Dr. Rasch in spielt das Operieren mit dem finanziellen Gruseln gegenüber Deutschösterreich nicht die untergeordnetste Rolle. Seit den ersten Stunden seines Amtsantrittes hat er sich einen Kronen- und Kriegsanleihescheck zurechtgelegt. Man merkt die Absicht. Oberster Zweck ist der politische Druck auf Deutschböhmen. Indem er die Deutschen, die sich ihm nicht fügen und unterwerfen wollen, mit Not und Verarmung bedroht, hofft er an sein Ziel zu kommen und der Entente beweisen zu können, daß Deutschböhmen und die Sudetenländer freiwillig, vermöge ihres Selbstbestimmungsrechtes sich dem tschecho-slowakischen Staat angeschlossen haben. Der gesamte staatliche Verwaltungsapparat in Prag ist auf diese Taktik eingestellt und der Finanzminister seinerseits läßt nichts unversucht, kompetenzmäßig in diesem Sinne sich zu richten. Von um so größerer Wichtigkeit ist es, den wohlberechneten Attacken gegenüber, die von Prag aus auf den manigfachen Gebieten, ganz besonders auf finanziellen und wirtschaftlichen, gegen Deutschösterreich unternommen werden, unsere Interessen zu wahren und sich nicht zum freiwilligen Helfer des Herrn Dr. Rasch in herzugeben.

In jüngster Zeit hat der tschechische Finanzminister namentlich in der Währungs politik eine Kampfstellung bezogen. Wir haben die einschlägigen Verfügungen der letzten Tage bereits mitgeteilt: Es wurde verboten, Kronenüberweisungen nach Böhmen entgegenzunehmen, die Krone ist bei Zahlungen an den tschechischen Grenzen so gut wie ausgeschlossen, jedenfalls auf ein Drittel des Nominales entwertet, und was die Kriegsanleihe anlangt, wird Herr Dr. Rasch in nicht müde, deren Wertlosigkeit zu verkünden; zu gleicher Zeit aber soll die Kronenanleihe in den Bilanzen böhmischer Unternehmungen mit dem vollen Nennwert einbezogen werden. Dieser krasse Widerspruch ist vorläufig, solange die Mitteilungen aus Prag nicht deutlicher werden, nicht aufzuklären.

Es ist jedenfalls höchste Zeit, daß die verantwortliche Regierung Deutschösterreichs gegen das Raschinsche Wühlen Stellung nehme. Man darf sich nicht darauf beschränken, sich immer von Prag abblafen zu lassen, man muß auch antworten. Und die Tatsachen erleichtern das Hinüberschießen. In Jugoslawien wurde, wie bekannt, eine Abstemplung der dort umlaufenden Banknoten vorgenommen. Die Urheber und Arrangeure bedauern heute ihre voreilige Initiative. Denn die Folge des Experiments war vorerst nichts anderes als das Bekanntwerden der für uns wertvollen Daten über die Masse der im südslawischen Staate in Umlauf befindlichen Kronennoten. Man spricht von fünf bis sechs Milliarden, einzelne Schätzungen lauten noch höher. Aus Böhmen liegen Angaben vor, welche die Verbreitung der Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank im tschecho-slowakischen Staate mit 16 bis 17 Milliarden beziffern; macht zusammen 22 bis 23 Milliarden. Der gesamte Banknotenumlauf beträgt nach den letzten Ausweisen an 36 Milliarden; hienach würden 13 bis 14 Milliarden erübrigen als Zirkulationsmittel in Polen, Bukowina und — Deutschösterreich. Man halte sich diese Daten vor Augen und man wird zweierlei begreifen: daß man in Agram die Abstemplung gern ungeschehen machen möchte und daß man in Prag die mitunter verkehrtesten Maßnahmen anordnet, um die weitere Kroneneinfuhr zu verhindern. Als ob dies heute, da die gemeinsame Währung sich ja doch nicht über Nacht beseitigen läßt, überhaupt erreichbar wäre. Der Prager Währungshauvinismus muß vor allem und mit dem stärksten Druck die eigene Bevölkerung treffen. Herr Doktor Rasch in möge nur versuchen, dem tschechischen Bauer, der im Kriege reich wurde, pöblich zu erklären, die 100,000 K., die er reell oder im Schleichhandel durch den Verkauf seiner Produkte in Deutschösterreich oder durch Kriegslieferungen in den letzten Jahren erworben hat, seien nur 30,000 K. oder 25,000 K. wert. Der Bolschewismus könnte dann leicht auch den konservativen Grundbesitz erfassen.

Und nun die Kriegsanleihe: Steht man die Artikel tschechischer volkswirtschaftlicher Schriftsteller — sofern sie nicht zu den radikalsten gehören und für die Konfiskation jeglichen Eigentums ein-

treten —, so hat man keineswegs den Eindruck, den der Finanzminister zu erwecken sich bemüht, daß nämlich der tschecho-slowakische Staat an den Kriegsschulden keinen Anteil habe und das Schicksal der Kriegsanleihe die Tschechen daher gar nicht berühre. Diese Auffassung wird, wie gesagt, in ernsten, sachlich urteilenden Kreisen durchaus nicht geteilt. Und daß auch die Entente nicht geneigt sein wird, sich dieser Meinung anzuschließen, geht unwiderleglich daraus hervor, daß England, Frankreich und Amerika das jetzige russische Regime so lange nicht anerkennen wollen, als die Sowjets sich nicht dazu befehlen, die Schuldverpflichtungen des russischen Staates zu respektieren. Was aber dem Lenin recht sein soll, muß auch dem Dr. Rasch in billig sein.

Also sowohl hinsichtlich der Kriegsanleihe wie der Banknotenschuld ist Deutschösterreich nicht in ungünstiger Position. Man sollte nur nicht unterlassen, den neuen Nationalstaaten unaufhörlich ins Gedächtnis zu rufen und, wenn nötig, auch durch Taten zu beweisen, daß Deutschösterreich in keiner Weise mit dem alten Oesterreich identisch ist, und daß es bezüglich der Erfüllung der Schuldverpflichtungen des alten Oesterreich um nichts mehrengagierte ist, als die Tschechen oder Südslawen.

Insofern von jener Seite Verfügungen erfolgen, die uns mit Schädigung bedrohen, muß die Abwehr systematisch und ohne Verzug in die Wege geleitet werden. Wenn man in Prag das Einströmen von Kronennoten einzudämmen sucht, muß Deutschösterreich sich dagegen sichern, daß die Kronenflut aus Tschechien zu uns abgedrängt werde. Seit vierzehn Tagen etwa beherrscht eine ungestüme Haufe die Wiener Börse. Die hauptsächlichste Erklärung liegt darin, daß von Prag aus Papiere gekauft, um für diese Erwerbungen den Gegenwert in Kronenlos zu werden und solcherart die Noten bei uns unterzubringen. Es wäre vielleicht zu erwägen, ob man Deutschösterreich nicht mit einem Verbot des Effektenexports antworten sollte? Wir treten gewiß nicht für lästige Verkehrsbehinderungen ein, die in der Regel mehr Nachteil als Nutzen bringen. Aber in der Verteidigungsstellung ist man nicht in der Lage, seine Anschauung um jeden Preis aufrechtzuhalten, man wird vielmehr oft gezwungen, mit der Waffe des Gegners zu kämpfen und die Defensiv danach zu organisieren. Die Notenabstemplung hat sich anderwärts nicht bewährt; aber es können Umstände hinzukommen, die auch Deutschösterreich bemüßigen, dem gegebenen Beispiel zu folgen. Für uns dürfte das Ergebnis der Abstemplung erfreulicher sein als bei den Jugoslawen. Unbedingt und unter allen Umständen aber ist es höchste Zeit, daß unser Staatsamt für Finanzen nicht länger in beschaulicher Ruhe verharret; es ist vielmehr geboten, rasch zu handeln, um die finanziellen Interessen Deutschösterreichs gegenüber den sich offenbar vorbereitenden Ueberrumpelungen aus Prag zu schützen.